

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Abonnementspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Bezug ohne Bestellgebühr monatlich 2.— M., bei Zustellung unter Straßennr. 1.— 111. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen.

Interests lesen Sie achtspaltige, Doppelpoststellen oder deren Raum 1,20 M., Wochenzeitschriften das halbe, die Druckerei des Postamt 10 Prof. Bei Familien- u. Vereinsabonnements stellt der Zusteller fest. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition ankommen sein. Inseraten-Abteilung: Berlin N.W. 6, Schiffbauerdamm 19. Preisprospekt: Ernst Norden 9708

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor dem Wahlkampf in Frankreich.

Kampfanlage der französischen Sozialisten.

Basel, 12. September. Die „Gazette“ meldet, stimmte der in Paris abgehaltene Sozialistenkongress mit 14783 gegen 107 Stimmen dem Wahlprogramm von Paris zu, das gleichfalls mit 1168 gegen 183 Stimmen einen Antrag von Brade, durch den jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ausgeschlossen wird.

Durch seine Zustimmung zum Antrag Brade, der jedes Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien ausschließt, aber noch durch seine Annahme des Pariser Wahlprogramms hat der französische Parteikongress für den bevorstehenden Wahlkampf eine klare ungewandelte Situation geschaffen. Die sozialistische Partei Frankreichs tritt als revolutionäre Massenpartei des Proletariats in den Wahlkampf ein, in ihrer überwiegenden Mehrheit entschlossen, diesen Kampf zur Aufrüttelung und Organisation der proletarischen Massen, zur Anlage gegen die Kriegsparteien, zum Kampf gegen den Versailleser Gewaltfrieden, zur Agitation für die sozialistischen Endziele des Proletariats auszunutzen.

Wir haben bereits in unserer Abendausgabe vom 9. September den wesentlichsten Teil des Pariser Wahlprogramms der sozialistischen Parteimehrheit wiedergegeben. Es sei daran erinnert, daß es in diesem Wahlprogramm heißt: „Wir haben die Partei gegen die bürgerliche Gesellschaft, deren Abschaffung sie verfolgt, eine solche Anlage richten lassen, wie sie heute zu erheben die Pflicht habe. Das Programm wendet sich gegen den imperialistischen und unversöhnlichen Friedensschluß, gegen die Verleugnung der feierlichen Versprechungen, die die Bourgeoisie dem französischen Volk gemacht hat, es protestiert in schärfster Weise gegen die Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen während des Krieges, wie gegen die kapitalistische Korruptionswirtschaft, die sich während des Krieges in unerhörter Weise ausgebreitet hat. In der Friedensfrage bestreift das Wahlprogramm die Resolution des letzten französischen Nationalkongresses, wonach der imperialistische Vertrag von den sozialistischen Deputierten in der Kammer verworfen werden soll.“

In klarer und entschiedener Weise zeichnet das Wahlprogramm die innerpolitischen Aufgaben der Partei vor. Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien, kein Kompromiß zur Erhaltung von Stimmen, entscheidende Kampfanlage an die gesamte bürgerliche Welt, — das ist der Inhalt dieses Teiles des französischen Wahlprogramms. Weniger als jemals — heißt es dann weiter — kann die Partei in dieser historischen Stunde, wo der Sozialismus von den Massen kein baldiges Kommen ankündigt, nicht denken, in irgendeiner Form eine Taktik auszuüben, die es verhindern würde, öffentlich die Betonung ihrer Ziele und ihres Programms zu verkünden.“

Die französische Partei erwartet weder von dieser noch von einer anderen Wahl den Sieg ihrer Sache, der nur durch die Eroberung der ganzen politischen Macht durch das Proletariat sein kann. Aber sie benutzt diesen Wahlkampf, um die revolutionären Kräfte, die auch im französischen Proletariat mächtig an die Oberfläche drängen, zu sammeln und sie zum Sturm gegen die kapitalistische Herrschaft zu organisieren. Die Revolution hat sie nun offen vor sich, sie erhebt Anklage gegen alle Sünden des Imperialismus und des Militarismus und stellt als Leitmotiv ihrer revolutionären Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft auf, an deren Stelle die sozialistische und kommunistische Gesellschaft treten soll.

Dieser Standpunkt der französischen Parteimehrheit, der jetzt die Anerkennung der übermächtigen Mehrheit des Parteikongresses gefunden hat, ist ein Symbol und eine Mahnung. Er zeigt, daß sich drüben in Frankreich die sozialistischen Kräfte regen, die die Liquidation des Versailleser Friedens im Sinne des Sozialismus erstreben; er berechtigt zur Hoffnung, daß die internationale Solidarität des Proletariats auf dem Marsche ist, um an die Stelle des Versailleser Friedens der Bourgeoisie den wahren Völkervertrag zu setzen.

Die Zukunft Oesterreichs.

Wien, 12. September. (Wiener Telegr. Korz. Bur.) Die aus Salzburg gemeldet wird, sprach dort Staatssekretär für die sozialdemokratischen Verammlungen, die auch von den bürgerlichen Parteien besucht waren, über den Friedensvertrag und die Zukunft Oesterreichs. Er erklärte: Der Vertrag von St. Germain ist ein Nacht- und Vergewaltigungsvertrag. Die Völkerverträge wollen diesen Krieg nicht. Be-

schuldete haben ihn die Imperialisten, die Großmachtpläne der Habsburger und die unfähigen Diplomaten. Hinsichtlich des Anschlusses an Deutschland, den der Vertrag verbietet, erklärte Deutsch die wirtschaftlichen, politischen und nationalen Gründe, die für die Erstrebung des Anschlusses seinerzeit maßgebend waren. Die Anschlußfrage sei übrigens nicht erst anlässlich des Umsturzes aufgelaucht, sondern von den sozialdemokratischen Führern schon vor Jahrzehnten verfochten worden. Die wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages könnten zwar angenommen werden, seien aber nicht erfüllbar. Der Ausbau der neuen Volkswirtschaft sei nicht mehr möglich auf der alten kapitalistischen Basis. Mit der Sozialisierung müsse begonnen werden. Aus all dem Glend der Gegenwart komme man nur durch Arbeit auf der Grundlage demokratischer Methoden heraus. Der Redner forderte zur Arbeit und zur Verteidigung der Republik gegen die Reaktion und monarchistischen Bestrebungen auf. Er drückte die Hoffnung aus, daß auch die Arbeitermassen in den Ententestaaten gegen den Imperialismus bald eine geschlossene Front bilden werden.

Das Auswanderungsproblem in Italien.

Bern, 12. September. Mitti beriet gestern mit den zuständigen Stellen das Auswanderungsproblem, das für Italien immer dringlicher werde, da eine starke Rückwanderung aus Amerika stattgefunden habe. Die meisten Staaten wiesen italienische Auswanderer ab, und Italien habe keine Arbeit für sie. Es stehe daher mit südamerikanischen Staaten wegen der Einwanderung in Verbindung.

Die vorstehende Meldung ist bezeichnend dafür, wie hilflos die Staatsmänner der kapitalistischen Regierungen den durch den Krieg hervorgerufenen Problemen gegenüberüberstehen. Für die italienischen Arbeiter, die früher im Auslande Arbeitsgelegenheit fanden, aber durch den Krieg brotlos wurden, findet die italienische Regierung keinen anderen Ausweg als — die Auswanderung nach Südamerika! Im Lande selbst ist „keine Arbeit“ für sie vorhanden, obwohl bei entsprechender Organisation der Arbeit diese Kräfte dem eigenen Lande erhalten bleiben könnten. Aber der kapitalistische Staat, der hunderte von Milliarden, um den Krieg zu finanzieren und den Lieferanten die Taschen zu füllen, hat kein Geld, wenn es gilt, Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter und kulturfördernde produktive Anlagen zu schaffen.

Der Teschener Konflikt.

Vorbereitung einer Volksabstimmung.

Prag, 12. September. Das Tschechoslowakische Pressbureau meldet: Die Pariser Meldung über die Entscheidung in der Teschener Frage rief allgemeine Enttäuschung und Verwägung hervor. Die tschechische Presse betont die Notwendigkeit, Ruhe und Ernst zu betreiben. Die Regierung möge auch weiterhin in Paris an der Erhaltung des Teschener Gebietes arbeiten. Der tschechoslowakische Nationalrat bereitet ein Manifest an das Volk vor.

„Pravo Lidu“ meldet: Unter Beteiligung der Vorstehenden aller Klubs der Nationalversammlung und unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Tascar fand am Nachmittag ein Ministerrat statt. Als eine gewisse Besserung der Situation sieht man die Entscheidung das Plebiszit betreffend an. Die Entente entschied sich also doch nicht für die direkte Annahme der hauptinstitischen Forderungen der Polen. Weder die Regierung noch die Parteien denken an einen kriegerischen Konflikt mit Polen, aber auch nicht an die Herausgabe Teschens. In der Konferenz wurde über die Vorbereitung des Plebiszits verhandelt.

Konferenz der sozialdemokratischen Parteien der baltischen Staaten.

Mitau, 12. September. Am 15. September findet in Riga eine Konferenz der sozialdemokratischen Parteien aller baltischen Staaten statt, zu der auch die Vertreter Finnlands und Weißrussland eingeladen sind. Es soll besonders beraten werden über den Zusammenschluß, die Zusammenarbeit, sowie über die Einrichtung einer ständigen Vertretung eines Pressbureaus.

Wie Konrad Haenisch die Hochschulen „reformiert“.

Von Privatdozent Dr. Arthur Rosenberg.

Tretet ein in die Freiwilligenverbände. Schützt das bedrohte Kulturerbe Eurer Väter, rettet Eure eigene Zukunft. Hilf, deutsche Jugend! Schülter an Schülter mit Euren Altersgenossen aus dem Arbeiterstande (1) sollt Ihr jungen Akademiker der Regierung helfen, die Ordnung aufrechtzuerhalten.“ So sprach der preussische Kultusminister Konrad Haenisch im März zu den deutschen Studenten. Dieser Versuch, möglichst viele Studierende in die Truppen Rostkes hineinzubringen, ist bisher die einzige nennenswerte Tat, die der „Sozialdemokrat“ Haenisch auf dem Gebiet unserer Hochschulen vollbracht hat. Dabei schreien die deutschen Universitäten geradezu nach einer völligen Umgestaltung. Bisher war die deutsche Hochschule ein Instrument der kapitalistisch-militaristischen Klasse Herrschaft, so gut wie die Kirche oder die Polizei. Unter hinterlistig ausgeklügeltes Schulsystem machte es den Kindern der armen, proletarischen Bevölkerung in der Regel unmöglich, zu studieren. So blieb der Hochschulbesuch fast durchweg beschränkt auf die Sprößlinge der Bourgeoisie, des Beamtenstands und gewisser gutgeheuerter Kleinbürgerkreise. Der Hochschulbesuch war aber die Vorbedingung für die Erlangung einer Führerstellung im politischen und wirtschaftlichen Leben. So war es in Deutschland bis zum 9. November, und so ist es noch heute. Doch ein paar sogenannte „Arbeiter“, die Ebert, Bauer usw. sich heute auf Präsidenten- und Ministerstühlen breit machen dürfen, ändert an dieser Tatsache gar nichts. Denn diese guten Leute sind ja weiter nichts als die Puppen in der Hand ihrer akademisch gebildeten Geheime. Die Regierungsräte regieren, und die Präsidenten usw. lassen sich inzwischen in der Hochschulleitung photographieren. Also: das deutsche Proletariat wird nur dann seine Befreiung wirklich durchzuführen können, wenn es auch die Zwingsburg der Hochschulen mit stürmender Hand nimmt.

Eine wirkliche Hochschulreform müßte, um hier nur einige Hauptpunkte hervorzuheben, zunächst die völlige Unentgeltlichkeit des Hochschulbesuchs festlegen. Bedürftigen Studenten müßte der Unterhalt aus öffentlichen Mitteln gewährt werden. Ferner wäre mit den Vorrechten kleiner Professorencliquen in den sogenannten Fakultäten aufzuräumen, die bisher den Haupteinfluß auf die Ernennung neuer Hochschullehrer ausübten. Sodann müßte die ständige Notlage und Rechtslosigkeit beseitigt werden, in der sich die jungen Privatdozenten, die unterste Klasse der Universitätslehrer, befinden. Mit Recht nimmt die Öffentlichkeit warmen Anteil an der Verdrängung der Junglehrer an den Volkshochschulen. Aber gemessen an Einkommen und Rechtsstellung der jungen Privatdozenten ist die Lage der Junglehrer noch geradezu furchtbar, und das will doch viel sagen!

Sogar im preussischen Kultusministerium sieht man allmählich ein, daß an den Universitäten einiges reformbedürftig ist. Aber wie Haenisch selbst in einem ergötzlichen Erlaß vom 17. Mai der Öffentlichkeit mitteilte, beschloß er nach der Revolution, zunächst in der Frage der Hochschulreform — nichts zu tun: „In dem Bestreben, diese wichtige Angelegenheit nicht zu überstürzen (1), habe ich die amtliche Behandlung bis nach Schaffung geschäftlicher Zustände zurückgestellt.“ — Nebenbei: Hat Herr Haenisch denn schon vergessen, daß er niemals preussischer Minister geworden wäre, wenn die Berliner Proletarier nicht am 9. November vorübergehend den geschäftlichen Zustand unterbrochen hätten? Endlich — im Mai, nach Rostkes rühmreichen Siegen — kam Haenisch zu der Ueberzeugung, daß in Deutschland die „geschäftlichen Zustände“ wiederhergestellt seien. Und nun — wird der Leier diesen Reilen vielleicht glauben — tat Haenisch eine Tat! Nein, lieber Leser, da kennst du den Haenisch schlecht! Sondern unser Kultusminister forderte, in dem erwähnten Erlaß vom 17. Mai, die preussischen Hochschulen auf, sie möchten ihm bis zum 1. Juli über allerlei Reformfragen — Bericht erstatten! Soweit steht die Angelegenheit gegenwärtig, im 11. Monat der deutschen Revolution.

